



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 18.01.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 25. Januar 2024,
um 16:30 Uhr gemeinsam mit dem Ausschuss für Mobilität, Rathaus,
Stadtverordnetensitzungssaal, 1. Stock,
reguläre Sitzung ab 17 Uhr in Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung der regulären Sitzung findet eine Bürgerfragestunde statt. -

Tagesordnung I

1. 23-F-63-0151

Sichere Schulwege: Ein schulisches Mobilitätsmanagement für Wiesbadener Schüler*innen
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.11.2023-

"Elterntaxis" stellen verkehrlich ein großes Problem, insbesondere an Grundschulen in Wiesbaden, dar. Mit der Einführung eines schulischen Mobilitätsmanagements möchte die Stadt die Sicherheit von Schüler*innen, die zu Fuß, mit dem Bus oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen, erhöhen. Unter dem Motto „Besser zur Schule“ erarbeiten Schulen und Stadt mit Unterstützung des Fachzentrums Schulisches Mobilitätsmanagement des Landes Hessen seit 2022 in einem Pilotversuch für fünf Grundschulen Schulmobilitätspläne.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zum aktuellen Stand des Projektes "Wiesbaden geht besser zur Schule" und über die Zwischenergebnisse und Erfolge zu berichten,
- 2) zu berichten, welche Erkenntnisse aus den Detailprojekten mit der Diesterwegschule und der Pestalozzischule gezogen werden können und inwieweit diese auf andere Schulen übertragbar sind,
- 3) zu berichten, wann die Mobilitätskonzepte der drei noch offenen Pilotschulen abgeschlossen sein werden,
- 4) zu berichten, ob und wann für weitere Schulen ein schulisches Mobilitätskonzept erstellt werden soll,
- 5) die Ergebnisse der Umfrage zum Thema "Mit dem Fahrrad zur Schule" des Stadtelternbeirates Wiesbaden dem Ausschuss vorzustellen und zu erläutern, welche Konsequenzen/Handlungen aus der Umfrage resultieren,
- 6) einen Vorschlag zu machen, wie die Erstellung eines Verkehrskonzeptes in den Planungsprozess für Neubau von Schulen oder bei einer Erweiterung aufgrund der signifikanten Erhöhung der Schüler*innenanzahl integriert werden kann, sodass eine frühzeitige Klärung der Mobilitätsbelange sichergestellt ist. Dabei sind die Anbindungen über Radwege/ mit dem ÖPNV / dem PKW und zu Fuß zu prüfen und Lösungsvorschläge in die weiteren Planungen einfließen zu lassen,
- 7) die Einführung von Schulstraßen ergebnisoffen zu prüfen, in denen Pkw unter bestimmten Bedingungen (Schulbeginn/Schulende) die Durchfahrt zu festgelegten Zeiten untersagt sein kann, und entsprechende Vorschläge für die etwaige Umsetzung zu machen.

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Mobilität.

2. 23-F-95-0002

Schulwegsicherung in Kloppenheim
- Antrag der Fraktionen FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.10.2023 -

Viele Eltern in Kloppenheim sorgen sich um die Sicherheit des Weges ihrer Kinder zur dortigen Grundschule. Dies betrifft insbesondere die Kinder im östlichen Ortsteil (z.B. Am Schlupfloch), weil dort die Hauptstraße überquert werden muss.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Maßnahmen zur Schulwegsicherung in Kloppenheim geplant sind.
2. zu prüfen, ob die Einrichtung eines Zebrastreifens in der Nähe des Dorfbrunnens und/oder eine Beleuchtung des sogenannten Panoramaweges umsetzbar sind.

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Mobilität.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 07.12.2023

Bereich Schule

4. Vorstellung der Leitung des staatlichen Schulamts

5. **24-F-69-0003**

Schulhofffläche der Elly-Heuss-Schule

-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 17. Januar 2024-

Die Elly-Heuss-Schule ist als „Partnerschule des Leistungssports“ Teil des offiziellen Landesprogramms „Talentsuche und Talentförderung“. In dieser Funktion steht sie im besonderen Fokus der Öffentlichkeit.

Mit dem Ersatzneubau des „Alten Arbeitsamtes“ verliert die Schule nach aktuellen Planungen ersatzlos ca. 650 qm ihrer Schulhofffläche (ca. 15%). Zur Kompensation wurde bisher lediglich durch Neuberechnungen der Flächen versucht darzulegen, dass die Pausenhofflächen ausreichend sind. In diese Berechnungen fließen jedoch z. B. Verkehrs- oder Durchflusswege der Schülerinnen und Schüler mit ein, der Bolzplatz, der nur in sehr geringem Umfang von der Schule genutzt werden kann oder ein möglicher Oberstufenraum im Neubau. Darüber hinaus wird bei der Berechnung der Flächen angenommen, dass die Oberstufenschülerinnen und -Schüler die außerhalb des Schulgeländes liegenden Flächen am Platz der Deutschen Einheit nutzen, mit dem Hinweis, dass diese das Schulgelände während der Pausenzeiten verlassen dürfen.

Unabhängig von der Tatsache, dass die Pausen im Regelfall dafür da sind, sich im Freien zu bewegen (gerade an einer Sportförderschule), anstatt in einem geschlossenen Oberstufenraum, kann es nicht gewollt sein, dass Schülerinnen und Schüler ihren Schulaufenthalt außerhalb des Schulgeländes im öffentlichen Raum verbringen. Mit dem Vollausbau und der Rückkehr zu G9 wäre die Oberstufengröße bei ca. 350 Schülern. Das würde zum Vergleich einer durchschnittlichen vierzügigen Grundschule entsprechen, die sich dann zum Großteil auf dem Platz der deutschen Einheit aufhalten müsste, neben der Außengastronomie, ÖPNV und Einkaufszeile.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten

1. zu berichten, wie der aktuelle Stand der Planungen für den Neubau des „Alten Arbeitsamtes“ ist,
2. zu berichten, welche Kompensationsmaßnahmen für die Verkleinerung des Schulhofes umgesetzt werden sollen bzw. welche in die Berechnungen miteinfließen (mit Angabe entsprechender Begründungen),
3. zu berichten, wie der aktuelle Stand zu den Planungen des „Stadtplatzes“ an der Ecke Dotzheimer Straße/Schwalbacher Straße ist,
4. mitzuteilen, ob die Kompensationsmaßnahmen und die Planungen um einen möglichen „Stadtplatz“ einvernehmlich mit der Schule besprochen wurden,
5. zu berichten, welche alternativen Planungen möglich sind.

6. 24-F-78-0002

Ungeheizte Schul- und Sporthallen

-Antrag der Fraktionen von CDU und BLW/ULW/BIG 17. Januar 2024-

Die Schulturnhalle der Albrecht-Dürer-Schule (Lahnstraße) war in der 3. Kalenderwoche 2024 zumindest am Montag und an weiteren Tagen im letzten Jahr ungeheizt. Sowohl die Schülerinnen und Schüler während des Schulunterrichts, aber auch die folgenden Sportvereine im Trainingsbetrieb leiden darunter. Leider war dieses kein Einzelfall. Auch andere Schulturnhallen sollen verschiedentlich nicht ausreichend geheizt werden.

Gerade bei den aktuellen winterlichen Temperaturen ist es nicht zumutbar, dass die Kinder und Jugendlichen in ungeheizten Hallen Sport treiben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten

1. zu berichten, ob er von dem Zustand der Schulturnhalle der Albrecht-Dürer-Schule Kenntnis hat und darzulegen, warum hier nicht geheizt wird,
2. darüber zu berichten, ob es in weiteren Schul- und Sporthallen zu Problemen mit der Heizung kommt,
3. aufzulisten, welche Gründe dazu führen sowie wie und vor allem wann diese gelöst werden sollen,
4. sollten in den Hallen die Heizphasen elektronisch geregelt werden auch sicherzustellen, dass auch nach offiziellen Schulzeiten und auch am Wochenende (bei Bedarf) die Heizungen in Betrieb gehalten werden.

7. 24-F-16-0001

Rassismus an Wiesbadener Schulen

-Antrag der Fraktion BLW-ULW-BIG vom 15. Januar 2024-

In Anbetracht der zunehmenden Berichte über rassistische und diskriminierende Vorfälle an Wiesbadener Schulen, insbesondere gegenüber muslimischen Schülerinnen und Schülern sowie Personen mit arabischem Hintergrund, ist es dringend erforderlich, effektive Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Problematik zu ergreifen. Die Eskalation des Nahost-Konflikts hat diese Situation verschärft und erfordert eine umfassende Reaktion.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. einen Bericht zu erstellen, der die Anzahl und Art von rassistischen und diskriminierenden Vorfällen an Schulen seit Beginn des Jahres 2023 auflistet. Dieser Bericht soll auch eine Analyse enthalten, ob seit Oktober 2023 ein Anstieg solcher Vorfälle zu verzeichnen ist.
2. langfristige Strategien zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung gegenüber Muslimen und Migranten an Schulen zu entwickeln und regelmäßig zu überprüfen.
3. einen jährlichen Bericht über die Fortschritte und Herausforderungen in diesem Bereich vorzulegen.

8. 23-J-42-0017

Einführung verpflichtender Digitalkonzepte an Wiesbadener Schulen
- Antrag von Hendrik Schücke vom 13.12.2023 -

An vielen Schulen ist das Vorantreiben der Digitalisierung noch immer eine Herausforderung. Gemeinsam in Gesprächen mit dem Stadtschüler:innenrat Wiesbaden haben wir festgestellt, wie enorm wichtig ein verpflichtendes Digitalkonzept für Schulen in Wiesbaden ist und welche Herausforderungen dabei angegangen werden müssen.

Die fortschreitende Digitalisierung an Schulen, verstärkt durch das 1:1-Projekt in Wiesbaden, hat zu einer vermehrten Nutzung digitaler Endgeräte geführt. Mit dieser Entwicklung sind jedoch auch Herausforderungen verbunden, insbesondere im Hinblick auf technische sowie organisatorische Probleme, den Missbrauch von Digitalgeräten und deren Software, die fehlende Einbindung von digitalen Endgeräten an Schulen sowie das Fehlen von Ansprechpartner*innen für Lehrkräfte und Schüler*innen. Um diesen Herausforderungen angemessen zu begegnen und die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen, schlagen wir vor, verpflichtende Digitalkonzepte an Wiesbadener Schulen zu etablieren. Diese Konzepte sollen klare Richtlinien für den Umgang mit digitalen Endgeräten, der digitalen Infrastruktur sowie den auftretenden Problematiken festlegen.

Das Jugendparlament Wiesbaden möge beschließen,

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. Verpflichtende Digitalkonzepte für Wiesbadener Schulen zu beschließen, indem folgende Punkte geregelt sein müssen:
 - a. Verbindliche/r Ansprechpartner*in für Digitalangelegenheiten
 - b. Ausbau, Anwendung und Wartung der digitalen Infrastruktur
 - c. Einbindung von digitalen Endgeräten im Unterricht
 - d. Regelungen für den Kauf und die Einbringung von Software und Lizenzen
 - e. Umgang mit dem Missbrauch von Digitalgeräten und der damit verbundenen Software (bspw. Cybergrooming oder -mobbing, unerlaubtes Fotografieren etc.)
2. Die Einbringung des Konzeptes an Schulen zu überwachen, durchzuführen und dem Jugendparlament sowie dem Stadtschüler*innenrat Wiesbaden Bericht zu erstatten.

Bereich Kultur

9. 24-F-69-0004

Spiel- & Probenbetrieb des Staatstheaters
-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG 17. Januar 2024-

Die aktuell öffentlich diskutierten Vorgänge um den drohenden und tatsächlichen (teilweisen) Ausfall im Spiel- & Probenbetrieb des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden sind inakzeptabel. Sofern nicht bereits eingetreten, ist ein nachhaltiger Imageschaden für das Haus zu befürchten. Dies wird den hunderten Mitarbeitenden im künstlerischen und verwaltenden Bereich dieses Hauses nicht ansatzweise gerecht. Der öffentlich ausgetragene Streit zwischen der Intendanz des Staatstheaters

und den politischen (Aufsichts-)Gremien sowie die damit verbundene Berichterstattung ist dem Ansehen des Staatstheaters nicht zuträglich und überaus bedauerlich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten

1. umfassend zu berichten, wie die aktuell eingetretene Situation im Spiel- & Probenbetrieb zustande gekommen ist,
2. zu berichten, ob der Spielbetrieb am Staatstheater aus seiner Sicht derzeit und zukünftig gesichert ist und woran er dies festmacht,
3. zu berichten, welche Maßnahmen aus seiner Sicht zu ergreifen sind, um die öffentlich geführten Auseinandersetzungen zu beenden.

10. 24-F-10-0001

Die aktuellen Entwicklungen beim Staatstheater
-Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 16. Januar 2024-

Wie aus zahlreichen Berichten der Tagespresse zu entnehmen ist, herrscht zurzeit große Unsicherheit hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen dem Intendanten und dem kaufmännischen Geschäftsführer. Dies hat Auswirkungen auf die Durchführung bereits geplanter Projekte (Stücke), der Fortführung des Spielbetriebs insgesamt, sowie der Personalsituation. Hierdurch könnten Besucher und Abonnenten verloren gehen. Durch kontinuierliche Berichte an den Ausschuss soll Klarheit über den tatsächlichen Sachstand hergestellt werden.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie der aktuelle und genaue Sachstand in Bezug auf die Streichung der acht zur Disposition stehenden Stücke durch den Geschäftsführer ist.
2. ob bei der Streichung der bereits angesprochenen acht Stücke an eine Entschädigung der Darsteller und (Abo-) Kunden, sowie der nicht unmittelbar bezifferbaren Einbußen (Vertrauensverlust unter Beschäftigten, Kunden und Interessenten) gedacht wurde - und wenn ja, in welcher finanziellen Höhe (wir bitten um genaue Auflistung). Wenn nicht, warum nicht?
3. wer bei vorübergehender Abwesenheit des Geschäftsführers zur Unterzeichnung von Verträgen berechtigt ist.
4. ob und wie eine ordentliche Übergabe der Intendanz an die beiden Nachfolgerinnen möglich ist. Bitte hier die genaue Vorgehensweise erläutern.
5. wie die Theaterführung sicherstellen kann, dass künftig solche Kompetenzstreitigkeiten ausgeschlossen werden können. Gerade im Hinblick auf die künftige Doppelbesetzung der Intendanz.

Bereich Städtepartnerschaften (ohne TOP)

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-V-40-0015

Aufstockung Mensa Gutenbergschule - Grundsatz- und Ausführungsvorlage

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 23.01.2024.

2. 23-V-41-0027

DL 01/24-2

Vorläufiger Abschluss Internationale Maifestspiele 2023

3. 23-V-41-0028

DL 02/24-1 NÖ, 01/24-3

Programm und Finanzierung Internationale Maifestspiele 2024

4. 23-V-41-0029

DL 01/24-4

Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Änderungen im Haushaltsvollzug 2023

5. 23-V-41-0030

DL 01/24-5

Bericht zur Umsetzung des Kulturentwicklungsplans in 2023

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender